

Ein Ort, den es nicht geben dürfte

In Deutschlands größter Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Tegel leben 5000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen. Zugleich machen dort viele Firmen gute Geschäfte.

Von Frauke Hunfeld und Alexander Kauschanski, DER SPIEGEL, 13.09.2024

Sie starren auf ihre Handys oder aus dem Fenster wie in blinde Scheiben. Sie reden wenig. Sie haben dunkle Schatten unter den Augen. Der Busfahrer fährt wie der Teufel. Die Menschen im Bus 410 werden durchgeschüttelt, aber niemand sagt etwas. Eine Frau fällt um.

Die Reisenden tragen QR-Codes um den Hals. Viele haben Mäppchen oder Klarsichthüllen mit Schriftstücken und eng beschriebenen Zetteln auf dem Schoß, die sie mit beiden Händen umklammern. Sie kommen von irgendwelchen Ämtern und Behörden in der Stadt, in denen sie versucht haben, Termine zu ergattern, einen Deutschkurs vielleicht, einen Schulplatz oder Geld für Schuhe. Manche haben große Taschen und in den Augen Hoffnung. Das sind die Neuen.

Es geht ein Stück auf die Autobahn, kurz kann man den Fernsehturm sehen und ein bisschen Stadt erahnen. Dann kommen Asphalt, Zäune, dann wieder Asphalt. Verlassene Teerstraßen, ein blauer Himmel, von dem die Sonne brennt, verdorrtes Gras an den Rändern. Eine lange Piste, ein paar Kurven, in der Ferne der ehemalige Flughafen-Tower, der jetzt wie das Auge Saurons über der unwirtlichen Ebene wacht. Davor zeltartige Leichtbauhallen, in militärisch anmutender Aufreihung.

Der Bus steht nicht im Fahrplan. Es ist ein Sonderbus. Er fährt vom Berliner S-Bahnhof Jungfernheide zum »Ankunftszentrum Ukraine« im ehemaligen Flughafen Tegel.

Wir sind vor dem ehemaligen Terminal C. Ein Berliner Bär ist noch übrig mit Willkommenswünschen in allen Weltsprachen und ein paar Piktogramme mit landenden Flugzeugen und »Bundesrepublik Deutschland«-Einreischildern.

In der Pandemie war hier ein Impfzentrum untergebracht. Als der Krieg Hunderttausende Menschen aus der Ukraine nach Deutschland trieb, wurde Tegel zu einer Unterkunft für Geflüchtete. Es sollte ein Provisorium aus Zelten und Teilen des Terminals sein, wo die Menschen ein paar Tage ausruhen sollten, den Papierkram erledigen und dann weiterreisen, in andere Bundesländer oder in echte Unterkünfte in Berlin. Aber aus den Tagen wurden Wochen, aus Wochen Monate, aus Monaten für manche sogar Jahre.

Wir haben mit mehr als 80 Menschen gesprochen, die in Tegel leben und die dort arbeiten oder gearbeitet haben. Viele wollen nur anonymisiert im Text vorkommen, manche überhaupt nicht. Sie fürchten Repressalien und sprechen von Drohungen. Sie erzählen von Missständen, Überforderung und Abschottung. Wir haben zahlreiche, teils vertrauliche Dokumente und Protokolle ausgewertet. Wenn wir offiziell in Tegel waren, hatten wir Begleiter.

Rund 5000 Frauen, Kinder und Männer sind auf dem früheren Flughafengelände untergebracht, überwiegend Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, dazu Afghanen, Iraker, Syrer. Es sind viele Kinder dabei mit ihren Müttern, viele ältere Menschen, viele Menschen mit gesundheitlichen Problemen. Bald sollen es bis zu 8000 werden.

Für die Unterbringung der Geflüchteten ist das Berliner Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) zuständig. Den Auftrag für den Betrieb des Lagers hat das Amt an das Berliner Rote Kreuz (DRK) vergeben. Das DRK wiederum hat einige Aufgaben an Hilfsorganisationen wie den Malteser Hilfsdienst oder die Johanniter-Unfall-Hilfe weitergegeben. Der Auftrag für die Sicherheit und für den Betrieb der Zelte ging an die Messe Berlin, eine landeseigene Firma, deren Expertise eigentlich in der Organisation von Kongressen und Fachausstellungen liegt.

Fast eine halbe Milliarde Euro pro Jahr

Von Überforderung und hohen Kosten, um Geflüchtete zu versorgen, ist derzeit an vielen Orten der Republik die Rede. Aber ein Lager für 5000 Menschen, das fast eine halbe Milliarde Euro pro Jahr kostet, ist auch in Deutschland einzigartig.

Für 2024 sind davon im Haushalt 216 Millionen Euro allein für das Rote Kreuz und seine Helfer eingeplant und eine Belegung von bis zu 7000 Menschen. Dazu

kommen die Miete für das Gelände, die Kosten für Security und 90 Millionen Euro für Miete und den Betrieb von inzwischen 45 Zelten mit einer Fläche von 37.000 Quadratmetern. Zelte, die dem Land bis jetzt nicht einmal gehören, sondern für die es auch 2023 Miete gezahlt hat, und 2025 weiter Miete zahlen wird. Das sind pro Quadratmeter Zelt und Monat rund 200 Euro. Mit Reinigung, aber ohne Wasser, Strom und Heizung. Und der Boden, auf dem das Zelt steht, kostet noch mal extra Miete.

463 Millionen Euro sind im Haushaltsplan für dieses Jahr veranschlagt, bei einer Auslastung von bis zu 7000 Menschen. Das entspricht einem Tagessatz von 180 bis zu 250 Euro pro Geflüchtetem, dafür könnte man jedes Kleinkind, jedes Baby, jeden Mann und jede Frau aus Tegel in einem feinen Hotel mit Vollpension unterbringen, Frühstück ans Bett und Wäscheservice inklusive.

Die Tage

Elvira und ihr kleiner Sohn Radjic leben in Zelt F1 auf dem ehemaligen Rollfeld. Das Zelt fasst 380 Menschen. In ihrer Schlafwabe leben Elvira und Radjic mit zwölf anderen, von denen sie nur teilweise die Namen kennen. Es gibt keine Decke und keine Türen, von der nächsten Wabe trennt sie nur eine Stellwand. Elvira stammt aus Kostjantyniwka in der Donezk-Region, von dort sind sie in die Zentralukraine geflohen und dann nach Deutschland. Wir reden zwischen den Doppelstockbetten und einem Regal, das überfüllt ist mit Zahnbürsten und Waschlappen, Essen und Tassen und Plastikdosen mit Keksen und Gummibärchen, und Shampoo und Mückenspray und Spielsachen und Glasmurmeln und Erinnerungsfotos von Liebsten, die an der Front sind oder schon tot, alles übereinander und nebeneinander, und ineinander, in einem schmalen Regal, die Habe von 14 Menschen. Duschgel neben Kaffeetasse, Medaillon des toten Vaters neben Tamponschachtel.

Wir stehen, weil man nirgendwo sitzen kann, hintereinander, weil in dem schmalen Gang keine zwei Personen nebeneinander Platz haben. Im Zelt leben auch John und seine Frau.

Sie hören Elviras Geschichte jetzt das erste Mal, sagt John, und Elvira hört erstmals ihre Geschichte, und sie sehen sich schüchtern an und ein bisschen erstaunt. Wie kann es sein, dass sie seit Monaten miteinander auf diesen paar Quadratmetern



leben und nichts voneinander wissen? John sagt, es sei so eine Art unausgesprochene Abmachung. Besser nicht fragen. Es sei ihre Art, Abstand zu wahren, wenigstens mental, weil es physisch keinen gibt.

John stammt ursprünglich aus Indien, aus Assam, er spricht Hindi, Englisch, Russisch. Deutsch ist seine vierte Sprache, er lernt schnell. Er ist mit seiner ukrainischen Lebensgefährtin seit eineinhalb Jahren in Tegel. Er besitzt zwei Hosen und eine Jacke. Er hat in der Ukraine Medizin studiert, im Januar will er sich für die Facharzt-Weiterbildung anmelden, Kardiologie. Bis dahin will er Deutsch können.

Seine Freundin möchte nicht fotografiert werden. Sie schämt sich. Sie war Lehrerin in Winnyzja in der Zentralukraine und möchte nicht, dass ihre Schüler sehen, wie sie leben muss. Es gebe im Moment 16 Toiletten für 700 Leute, sagt sie. Viele Duschen sind kaputt, viele Waschbecken abgesperrt, in den Toiletten sind Kotreste. Sie weint. Sie weiß nicht, wie sie sich umziehen soll. Manchmal hängt sie ein Tuch vor ihr Bett für ein Minimum Privatsphäre beim Wäschewechsel. Sie weiß, dass das verboten ist, aus Brandschutzgründen, aber sie macht es trotzdem manchmal.

Sie hatten ein Apartment gefunden in Berlin, 19 Quadratmeter groß, und den Umzug beantragt. »Aber das Jobcenter hat nein gesagt, die Wohnung sei zu klein für zwei Personen.« Sie klingt verzweifelt: »Ihr Ernst? Wie lebe ich denn hier?«

Sie wechselt abrupt das Thema. Winnyzja, ihre Heimat, sagt sie, sei siebenmal in Folge zur lebenswertesten Stadt der Ukraine gewählt worden. Durch die Stadt fahren Straßenbahnen aus der Schweiz, die Universität hat Weltniveau, man kann überall mit dem Handy bezahlen.« Sie stockt. Winnyzja wurde bei Luftangriffen schwer getroffen. Sie schaut sich um. »Ich habe niemanden umgebracht«, sagt sie unter Tränen, »ich habe nichts Schlechtes gemacht, ich verstehe manchmal immer noch nicht, wie wir an diesen Ort geraten sind. Es ist schwer, hier nicht verrückt zu werden.«

Die Nächte

Man wird früh wach, und schläft spät ein. Irgendein Telefon klingelt immer. Irgendeiner hustet. Irgendjemand wälzt sich herum, der auch in den Schlaf zu finden versucht. Der auch die Heimat zurückgelassen hat, seine Leute, seine Sachen, die

vertrauten Wege. Ein Hund bellt. Irgendjemand muss immer aufs Klo und macht alle anderen wach.

Die Kinder würden ihm leidtun, sagt John. Sie weinen in der Nacht, manchmal haben sie Hunger. Manchmal haben sie Durst. Irgendwas juckt. So sind Kinder. Die Mütter versuchen, Brote im Zelt zu haben oder Gummibärchen, um die Kinder ruhig zu halten, damit sie nicht die anderen wach machen. Die Security-Leute nehmen ihnen das Essen oft weg. »Verboten«, sagt John, auf Deutsch. So steht es in der Hausordnung. Wegen der Ratten und des Ungeziefers, sagen die Wachleute.

Wenn Feueralarm ist – zwei- oder dreimal die Woche sei das manchmal, sagt John –, und alle rausmüssen, mitten in der Nacht, schreien die Kinder und schlafen nicht mehr ein. Sie haben Angst vor den Raketen. Manche verbringen die Nächte rauchend auf provisorischen Sitzgelegenheiten vor den Zelten, denken an andere Orte und andere Zeiten und versuchen am Tag zu schlafen.

Es ist vieles nicht erlaubt. Es gibt Taschenkontrollen beim Betreten des Zelts, es gibt Anwesenheitskontrollen, Bettkontrollen. Man darf nicht in ein anderes Bett umziehen, auch wenn es frei ist. Man darf nur auf der rechten Seite des Eingangs das Zelt verlassen. Einander fremde Männer, Frauen und Kinder sind gemischt untergebracht. In manchen Waben sind zusätzlich noch Hunde oder Katzen. Säuglinge sind bei ihren Müttern im Bett, Kinderbetten sind nicht erlaubt. Kein Platz. Manchmal fühlen wir uns wie Gefangene, sagt Elvira.

Heute gibt es im Essenszelt zu Mittag Rinderbrühe. Am Morgen gab es Mischbrot, Käse, Wurst, für den Abend steht Tomatensoße mit Nudeln auf dem Plan. Teller und Besteck sind aus Plastik und fliegen nach Gebrauch in den Müll. Die Suppe ist dünn und salzig, die Tische und Bänke sind schmutzig, und es ist seltsam leer. Selbst zu kochen oder auch nur etwas aufzuwärmen ist nicht erlaubt. An einer Seite isst eine Familie kalt aus mitgebrachten Tupper-Dosen.

Ein paar Tage zuvor waren wir am Berlin-Spandauer-Schifffahrtskanal, unweit des Lagers. Der Uferstreifen ist übersät mit Dreck, Abfall und Scherben. Es gibt kein sauberes Wasser, keine Toiletten und keine Sitzmöglichkeiten. Trotzdem kommt täglich eine kleine Karawane aus dem Flüchtlingslager zum Kochen. Bei einer Familie, die wir



Mizwa nennen sollen, Vater, Mutter, drei kleine Kinder, gibt es heute Kartoffeln mit Zwiebeln, Möhren und Knoblauch. Frau Mizwa hat alles dabei, Öl und geschälte Kartoffeln, die sie im Supermarkt gekauft hat, Möhren, ein paar Eier, ein bisschen Knoblauch. Sie hat einen kleinen Windschutz aufgebaut und rührt in der Pfanne, während die Kinder zwischen dem Dreck und den Scherben spielen, bedrohlich nah am Wasser.

Die Kinder würden krank vom Essen im Lager, sagt sie, sie selbst habe abgenommen, trotz der Schwangerschaft. Es sei nicht weit hierher, und es gebe Büsche und etwas Schatten. Und gute Verstecke. Wozu sie gute Verstecke brauchen? Der Vater lächelt uns an und schweigt. Die Frau sagt: »Weil wir unseren Gaskocher verstecken müssen. Wir dürfen ihn nicht mit ins Lager nehmen.« Später wird sie das Gekochte einpacken, und dann geht es zurück. Essen werden sie im Lager.

Warten

Die Tage in Tegel sind lang. Es gibt nichts zu tun, dabei gäbe es viel zu tun. Die meisten Ukrainer, heißt es, sind sofort bürgergeldberechtigt. Auch dürften sie sofort arbeiten. Auch hätten sie sofort eine Krankenversicherung. Und zuständig für sie seien sofort die Jobcenter. Das stimmt auch. Theoretisch. Praktisch ist es ein sehr weiter Weg. Man wartet auf Termine, die Voraussetzung sind für andere Termine, ohne die man weitere wichtige Termine gar nicht erst ausmachen kann. Für die Aufenthaltsgenehmigung und die Arbeitserlaubnis muss man zur Ausländerbehörde, aber die ist überlastet. Auf Termine beim Jobcenter wartet man Monate. Deswegen landen alle erst mal bei einem der Sozialämter irgendwo in der Stadt. Die Zuständigkeit richtet sich nach dem Geburtsmonat.

Arsenij Solowjow arbeitet als Sprachmittler für Russisch und Ukrainisch in Tegel. Eigentlich ist er studierter Informatiker, aber er hat keine passende Stelle gefunden. »Einzelne Sozialämter geben manchmal überhaupt kein Geld heraus«, sagt Solowjow. Das Sozialamt Tempelhof-Schöneberg zum Beispiel, zuständig für den Geburtsmonat Juli. Die Beamten verlangen zuvor eine schriftliche Erklärung über die Reiseroute anhand des Passes, Einkommensnachweise und Lohnabrechnungen des gesamten Haushalts, Kontoauszüge für die letzten Monate, die kaum jemand mit auf die Flucht

genommen hat. Sie wollen Terminnachweise für die Ausländerbehörde und den Aufenthaltstitel, den die Ausländerbehörde aber erst noch vergibt. »Wir haben schon so viele Beschwerden gesammelt, aber es hilft nichts. Sie wollen Sachen von den Menschen, die die nicht beibringen können.«

Arsenij Solowjow ist nicht sein echter Name, er hat um das Pseudonym gebeten, aus Angst vor Repressionen. Er erzählt von einem Geflüchteten aus Tegel, der wie verrückt einen Job gesucht habe und seit einem Dreivierteljahr bei einem Postdienstleister in Potsdam arbeite. Er könne aus Tegel nicht ausziehen, weil er nach Berlin verteilt wurde, und weil er in Brandenburg arbeitet, müssten deswegen zwei Ausländerbehörden seinem Umzug zustimmen, was bis jetzt nicht geklappt habe. »Jetzt steht er jeden Morgen um halb vier auf, klettert von seinem Bett, versucht, nicht das ganze Zelt wach zu machen, fährt nach Potsdam, arbeitet, und kommt nach Tegel zurück. Immer wieder fragt er mich, wie das sein könne. Aber es ist nicht zu verstehen.«

Der Tempelhofer Stadtrat Matthias Steuckardt, zuständig für das Sozialamt, antwortet auf die SPIEGEL-Anfrage mit einem großen Seufzen. »Leistungen werden auch in unserem Sozialamt nach den gesetzlichen Kriterien vergeben.« Allerdings befänden sich die Ämter in Berlin seit Jahren in einem »digitalen Stillstand«. Es gebe im Sozialamt Bearbeitungsrückstände, viele Beschwerden, Mitarbeiter gerieten an ihre Grenzen, und durch Abgänge sei Expertise verloren gegangen.

Macht und Angst

Gelya Rolnik ist Übersetzerin und Integrationscoach. Sie ist 40 Jahre alt, eine kleine energische Frau, sie hat in Kasachstan Internationale Beziehungen studiert und in Wien Theaterwissenschaften. Wir treffen sie in einem Berliner Café. Sie arbeitet seit Monaten woanders, aber sie kann noch immer nicht über Tegel sprechen, ohne zu weinen.

Als sie im April 2023 für die Malteser als Übersetzerin anfang, habe es keine Anweisungen gegeben, keinen Leitfaden. »Mal bat mich ein Bewohner, einen Brief vom Jobcenter oder der Krankenkasse zu übersetzen. Dann wies mich der Schichtleiter zurecht, ich dürfe nichts übersetzen. Der nächste Schichtleiter bat mich wiederum, beim Übersetzen zu helfen. Es war ein konstantes Durcheinander.«

Sie seien zum Nichtstun angestellt gewesen, sagt Rolnik. »Bis zu 15 Mitarbeiter saßen den ganzen Tag im Zelt herum, spielten auf ihren Handys, lästerten über die Flüchtlinge. Kaum jemand war dafür ausgebildet, mit Geflüchteten zu arbeiten. Wir sollten Informationen nicht rausgeben, keine Briefe übersetzen, keine Termine machen. Uns wurde von der Schichtleitung praktisch verboten, den Geflüchteten zu helfen.«

»In unserem Zelt«, sagt sie, »gab es eine Frau, die jede Nacht an die Wand starrte. Irgendwann rannte ein Mädchen aus ihrem Zimmer zu mir. Die Frau würde Gebete aufsagen und damit drohen, alle umzubringen. Sie hätte psychologische Hilfe gebraucht. Niemand kümmerte sich um sie. Sie stand weiter herum und redete mit der Wand.« Das DRK weist den Vorwurf zurück, dass psychisch erkrankte Personen sich selbst überlassen würden. Sie würden, falls keine Eigen- oder Fremdgefährdung vorliege, durch Mediziner vor Ort intensiv betreut.

Viele der Mitarbeitenden billigten nicht, was in Tegel geschieht, sagt eine andere Mitarbeiterin, aber sie seien dringend auf die Jobs angewiesen. Die Verträge seien befristet, es herrsche ein »Klima der Angst«. Viele hätten kaum Qualifikationen, viele sprächen wenig Deutsch.

Martina Schmidt hat seit der Eröffnung des Ankunftsentrums im Frühjahr 2022 einige Monate in leitender Funktion in Tegel gearbeitet. Sie kommt aus der humanitären Arbeit, war bei der OSZE tätig, für Ärzte ohne Grenzen, für die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Ein wesentliches Problem, so sagt sie heute, sei gewesen, dass während ihres Einsatzes kaum jemand aus der oberen Leitungsebene, die für das DRK das Ankunftszentrum managen sollte, irgendwelche Erfahrungen hatte mit der Unterbringung von Geflüchteten. »Das waren überwiegend Menschen, die aus den Testzentren übernommen wurden, und die waren wiederum oft Leute aus der Berliner Klubszene, aus dem Eventbereich, aus dem Konzertmanagement«, sagt Schmidt. »Tegel ist aber kein Festival.«

Auch Martina Schmidt möchte anonym bleiben. Sie habe nichts gegen Quereinsteiger, sagt sie, aber unter den Mitarbeitenden »gab es wenig Bewusstsein für die Grundlagen humanitärer Arbeit, für einen Verhaltenskodex, für Abläufe, für Prioritäten«. Es habe kaum Kompetenz gegeben für den Umgang mit den Geflüchteten,

keine Kenntnis von hygienischen Mindeststandards, Versäumnisse beim Brandschutz. Es seien dann, als das Budget bestätigt wurde, zwar massenhaft Mitarbeiter rekrutiert worden, aber ohne die nötigen Qualifikationen. Schmidt hat dann sehr bald gekündigt, »aus Gewissensgründen«, wie sie sagt. Nach Tegel ist sie für die WHO nach Somalia gegangen.

Die Tour

Tegel gibt sich offen. Der britische König Charles III. war hier schon zu Besuch, Bundeskanzler Olaf Scholz, die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Die Flüchtlingsunterkunft Tegel habe sich »schnell zu einer Vorzeigeeinrichtung entwickelt«, heißt es stolz im Jahrbuch des Berliner Roten Kreuzes. Abgeordnete oder Journalisten müssen allerdings manchmal lange warten, bis die Einrichtung vorgezeigt wird. Termine müssen erbeten und vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten geplant werden.

Ende Juli hat der SPIEGEL eine offizielle Führung durch das Ankunftszentrum. Sascha Langenbach, Pressesprecher des Landesamts, begleitet uns. Recherchegespräche sind nicht erwünscht. Das erfahren wir, als wir durch die Ritze im Vorhang ins Schlafabteil einer alten Frau sehen. Sie winkt uns herein. Sie ist 88 und stammt aus einem Vorort der ukrainischen Stadt Charkiw. »Wo man gelebt hat, da sollte man auch sterben«, sagt sie mit belegter Stimme und Tränen in den Augen. Viel weiter kommen wir nicht. Der Mann vom Amt bricht das Gespräch ab. »Das reicht jetzt.« Die Fragen seien unsensibel und die Frau werde retraumatisiert.

Ein paar Gänge weiter treffen wir einen jungen Wachmann. Wir fragen, wie die Arbeit hier ist. Alles sei prima, meint der Mann. »Wir sind alle Freunde, und wir lachen viel«, sagt er. Der Fotograf sieht Sascha Langenbach heraneilen und wie er dem Wachmann mit Gesten bedeutet, er solle schweigen.

Draußen wird der Mann vom Flüchtlingsamt laut. Wenn wir jemanden sprechen wollten, hätten wir ihn vorher zu fragen. Der junge Sicherheitsmann werde jetzt seinen Job verlieren. Er habe ihm »erklärt, dass er nicht mit der Presse reden« dürfe. Wir beginnen zu verstehen, was mit dem »Klima der Angst« gemeint ist, von dem eine Mitarbeiterin sprach.



Fatburning

Es gibt eine Menge Freizeitangebote in Tegel. Wer dem ausgehängten Plan glaubt, könnte meinen, er ist im Kluburlaub. Da stehen Yoga, Frühsport und Ausdauertraining. Es soll Klavierunterricht und Gesangsstunden geben, Akrobatik- und Jonglierkurse, Fußball natürlich und Basketball, aber auch Mathe- und Physiknachhilfe, Latin Dance, Hip-Hop, sogar Fatburning-Kurse für Leute, die auf ihr Gewicht achten wollen.

Wir wollen uns die Aktivitäten ansehen, treffen aber fast nirgendwo jemanden an. Eine zum Turnzelt umgewidmete Leichtbauhalle ist offen, aber leer. Eine andere Turnhalle ist abgeschlossen und leer. In einer dritten Halle versucht im Eingangsbereich ein Vater mit seinem vielleicht dreijährigen Sohn Federball zu spielen. Drei Betreuer sitzen nebeneinander an einem Tisch, ein Sicherheitsmann steht im Eingang. »Danke, dass wir stören durften«, ruft der Mann vom Amt.

Wir besuchen den Fitnessraum, einen Container mit ein paar wenigen Geräten. Zwei Männer machen Sit-ups, ein Betreuer in blauer Weste sitzt hinter einem Tisch und betreut zwei erwachsene Männer, die Sit-ups machen. In der Kinderbetreuung sind drei Kinder. Eines malt, eines legt ein Puzzle, eines sitzt mit geschlossenen Augen auf einem Stuhl und macht gar nichts. In einem Nebenraum schauen die Betreuer, drei junge Männer, auf ein Handy und lachen. Warum so wenige Kinder da sind? Wissen sie auch nicht, sagt einer. Die Kinderbetreuung sei allerdings für Kinder unter fünf Jahren nicht ohne begleitende Eltern möglich. Reguläre Schulplätze gibt es für viele Kinder in Tegel nicht. Zwar wurde die »Willkommenschule« auf dem Gelände gerade erst aufgestockt, 175 Kinder gehen laut Senatsbildungsverwaltung derzeit gar nicht zur Schule.

In dem Container, der als »Bibliothek« präsentiert wird, sind drei Besucher und ein Betreuer. Zwei Männer schlafen, einer tippt auf seinem Handy. Niemand liest. Wir sehen aber auch nur deutsche Bücher. Der Nähcontainer hat zu, gebastelt wird gerade nirgends, und keiner von den Sportkursen läuft. Draußen spielen ein paar Leute Basketball. Kein Yoga, keine Nachhilfe, kein Hip-Hop, auch kein Zirkus. Vielleicht ist den Leuten hier auch einfach nicht nach Zirkus und Hip-Hop. Das Sprachcafé läuft im

Moment auch nicht. Etwas weiter hinten bauen sie gerade einen Auto-Scooter auf. Es soll eine »Begegnungsstätte« werden. Ohne Autos allerdings.

Eine Woche später werden wir zum Karaoke eingeladen. Wir treffen uns im Eingangsbereich von Terminal C und verjagen erst einmal ein paar Tauben. Die Tauben koten alles voll. Man habe schon fast alles versucht, um die Vögel loszuwerden, erzählt eine Mitarbeiterin, aber kaum habe man welche vertrieben, kämen die nächsten. Die Idee, eine Voliere in einiger Entfernung zu bauen, wo man die Vögel mit Futter anlocken und konzentrieren wollte, sei verworfen worden. Man befürchtete, dass sich das Luxusleben in der Taubenpopulation herumsprechen – und einen sogenannten Pull-Effekt auslösen könnte.

Laute Musik dröhnt durch das »Freizeitzelt« D3. Vielleicht fünfzig Leute sind beim Karaoke, sie sitzen auf Stühlen am Rand. Niemand singt. Warum es so leer ist, hier und überall? Die zuständige Mitarbeiterin gibt gern Auskunft, aber bitte ohne Namen. Sie sagt, sie habe Politikwissenschaften studiert und sei viel gereist. Jetzt leite sie hier den Karaoke-Abend, der eigentlich fast nie einer ist, sondern wie heute: Menschen sitzen auf Stühlen, es läuft sehr laute afghanische Musik, ein paar Männer tanzen. Dann läuft ukrainische Musik, und zwei Mädchen tanzen. Dann tanzen wieder die Männer. Es seien doch jetzt Sommerferien, sagt die Mitarbeiterin, »viele sind vielleicht verreist«.

In der Mitte tanzt jetzt ein junger Afghane. Er trägt einen traditionellen Jubbah und Badelatschen. Er heißt Elkhan Zirar und stammt aus der Provinz Laghman. Es ist seine erste Woche in Berlin. Er kommt direkt aus Taliban-Land, er hat lange keine laute Musik mehr gehört. Zirar tanzt, er schwitzt, er hüpf und strahlt und scheint sein Glück kaum fassen zu können.

Das Feuer

Im März hat es in Tegel gebrannt. Videos zeigen, wie es war und wie es nicht sein sollte. Alle laufen durcheinander. Rufen raus, hier lang, jalla, jalla, und geben Anweisungen auf Arabisch. Leute in Panik rennen hinaus und wieder hinein, um ihre paar Habseligkeiten doch noch zu retten. Meterhohe Flammen schlagen aus den Schlafwaben. Ein alter Mann schleppt seinen Koffer in die falsche Richtung. Ein

Wachmann steht mit einem Feuerlöscher außerhalb des Zelts, über ihm schwarzer Qualm. Aber er löscht nicht. Er weiß anscheinend nicht, wohin er zielen soll. Einer ruft: »Lass. Elektrik, Elektrik.« Er lässt es dann einfach. Ein anderer ruft panisch: »Kinder! Habt ihr noch Kinder gesehen?« Irgendwer hat Zeit zu filmen.

Ein Zelt ist komplett abgebrannt. Die Bewohner haben das bisschen, das sie noch hatten, auch noch verloren, ihre Geburtsurkunden, ihre Pässe und das eine Kuscheltier, das noch ein ganz kleines bisschen nach zu Hause roch und nach Papa. Was das Feuer ausgelöst hat, ist auch ein halbes Jahr später noch nicht endgültig ermittelt.

Sicherheit

Sicherheitsleute in gelben Westen sind überall. Sie stehen vor den Eingängen und Ausgängen in den Sichtachsen der Zelte, in den Eingängen, sie sind beim Karaoke und vorm Fitnesscontainer, vor den Zelten, neben den Zelten, zwischen den Zelten. Sie passen auf, dass die Geflüchteten sich beim Reingehen rechts halten und beim Rausgehen links. Sehr oft machen sie auch nichts. Sie gucken nur. Auch das ist ihr Job.

Sie kontrollieren Taschen und Betten, und die QR-Codes der Geflüchteten, die die Sicherheitsleute »Gäste« nennen. Die QR-Codes sind Zugangsberechtigung und zugleich eine Möglichkeit der Kontrolle. Man braucht den Code beim Arzt, in der Kleiderkammer und beim Betreten und Verlassen des Zelts. So weiß die Leitung theoretisch jederzeit, wer wo ist. Und vor allem: wer nicht da ist. Wer länger als drei Tage ohne Genehmigung fernbleibt, verliert sein Bett.

Es gibt viele Beschwerden über die Sicherheitsleute in Tegel. Dass sie rassistisch seien, dass unter ihnen Islamisten seien, dass sie bei Konflikten nicht deeskalierten, sondern das Gegenteil. Dass sie nachts die Zelte stürmten, um Betten zu kontrollieren, dass sie Leute beleidigten, sich an Schlägereien beteiligten. Viele sprächen kaum Deutsch. Im vergangenen Jahr beschwerten sich Bewohnerinnen in einem offenen Brief, dass sie permanenten Belästigungen ausgesetzt seien. Ihre Taschen würden von Sicherheitsleuten durchsucht, wenn sie aus der Dusche kämen, werde die Unterwäsche betrachtet, es gebe nirgendwo einen sicheren Ort für sie. Aktenkundig wurde im vergangenen Jahr ein Vorfall, bei dem Sicherheitsleute gemeinsam mit Bewohnern geflohene Kurden angegriffen und verletzt und dabei IS-Parolen gebrüllt haben sollen.

Sicherheit oder das, was man dafür hält, ist in Tegel eine teure Angelegenheit. Für 2024 sind dafür erst einmal 85 Millionen Euro verplant. Was bei einer bisherigen Belegung von 5000 Menschen im Jahr 2024 bedeutet, dass jedes ukrainische Mütterchen, jedes Kleinkind, jeder tanzende Afghane für rund 1500 Euro im Monat bewacht wurde. Für die geplante Erweiterung der Kapazität sind noch mal 46 Millionen obendrauf genehmigt.

Die Sicherheitsdienstleistungen hat die Messe Berlin allerdings gar nicht selbst ausgeführt. Sie hat die Firma Teamflex Solutions beauftragt. Das ist eine Tochter der Gegenbauer-Gruppe, die inzwischen mit der Apleona Group fusioniert ist. Und die Teamflex hat ihrerseits große Teile des Auftrags an weitere Subunternehmen weitergegeben. Bei einer Kontrolle im Ankunftszentrum Ende vergangenen Jahres hat der Zoll 190 Mitarbeiter angetroffen, die für bis zu 40 Subunternehmen tätig waren. 87 Verfahren wurden eingeleitet, 55 Mitarbeiter wegen fehlender Qualifikationen und Zuverlässigkeitsüberprüfungen sofort nach Hause geschickt.

Wer an dem lukrativen Auftrag jeweils wie viel verdient hat, will weder die Messe Berlin noch Teamflex auf Anfrage offenlegen. Aber es muss sich gelohnt haben. Teamflex, das in den Jahren bis 2020 einen Gewinn von rund 500.000 Euro auswies, hat im Jahr 2022 seine Umsatzrendite vervierfacht und seinen Gewinn mit weniger Personalaufwand mehr als verzehnfacht. Die meisten der 326 Mitarbeiter haben davon wohl eher nicht profitiert. Der im Geschäftsbericht angegebene durchschnittliche Personalaufwand pro Mitarbeiter kann mit 24.000 Euro als durchaus prekär bezeichnet werden. Dabei stehen für jeden der 546 Mitarbeiter, die laut LAF derzeit in Tegel tätig sind, rein rechnerisch Kosten von 155.000 Euro im Jahr auf der Rechnung. Warum das LAF bei der Auftragsvergabe überhaupt den Umweg über die Messe Berlin nimmt, statt wie sonst üblich Sicherheitsunternehmen direkt zu beauftragen, beantwortet das Amt nicht.

Geschäfte

Überhaupt ist das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten wortkarg, wenn es um das Geld für das Ankunftszentrum geht. Wer wie viel wofür genau bekommt, soll die Öffentlichkeit, die es bezahlt, nicht erfahren. Es sei ein »Geschäftsgeheimnis«.

Manches lässt sich dennoch offiziellen Berichten der Firmen entnehmen. Ein sehr gutes Geschäft gemacht hat zum Beispiel auch die Messe Berlin, einer der Hauptauftragnehmer in Tegel. Das operative Ergebnis sei 2023 im Vergleich zum Referenzjahr 2019 um fast zehn Millionen Euro höher, heißt es im Geschäftsbericht, die Umsatzrendite habe sich fast verdoppelt, und der geplante Umsatz sei um mehr als 80 Prozent übertroffen worden. »Positiv wirkten sich ... die Umsatzerlöse aus der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten am Flughafen Tegel aus.«

Dass nach Beginn des Ukrainekriegs 2022 die Aufträge für den Betrieb des Flüchtlingszentrums ohne Ausschreibung an das Berliner Rote Kreuz vergeben wurden, haben viele noch verstanden. Es musste schnell gehen, und das DRK und andere Hilfsorganisationen sind in der Nothilfe erfahren. »Markterkundungsverfahren« hätten inzwischen ergeben, dass sich auch keine anderen Betreiber für Tegel finden würden, teilt das LAF mit. Zweieinhalb Jahre später aber werden die Fragen drängender. Weil die Zustände so erbärmlich sind, weil die Kosten so immens hoch sind, aber auch weil einem die beteiligten Personen und Firmen so bekannt vorkommen.

Mario Czaja zum Beispiel war bis 2016 Sozialsenator des Landes Berlin und damit oberster Chef des Amts für Flüchtlingsangelegenheiten. Jenes Amts, das derzeit so immense Summen verteilt – an das Berliner Rote Kreuz zum Beispiel, dessen ehrenamtlicher Präsident Czaja inzwischen ist. Oder an die Messe Berlin. Die ihrerseits die Aufträge weitergibt an die Gegenbauer/Apleona-Tochter. Mario Czaja war viele Jahre bei Gegenbauer beschäftigt, in leitender Position. Christian Göke wiederum, bis Ende 2020 Chef der Messe Berlin, managt inzwischen die Geschäfte der Familienholding von Gegenbauer.

Betreiber anderer Flüchtlingsunterkünfte in Berlin müssen dagegen mit einem Bruchteil der Zahlungen und einem Bruchteil des Personals auskommen. Bei ihnen müssen Männer und Frauen getrennt und Familien zusammen untergebracht werden, in Zimmern mit Decke, mit Tür, mit Schränken. Das Personal muss hohe Qualifikationsanforderungen erfüllen, und Monat für Monat muss passgenau abgerechnet werden. Es lohnt sich trotzdem noch. Sie möchten damit allerdings nicht zitiert werden. Das LAF wird auch in Zukunft ihr Hauptauftraggeber sein.



Tokio Hotel

Wir treffen Kleopatra Tümmler vor dem Friseurcontainer. Tümmler ist eine kleine agile Frau mit weißblondiertem Kurzhaarschnitt und rasierten Schläfen. Sie hat für das Rote Kreuz schon das Impfzentrum stellvertretend geleitet. Danach wurde sie Leiterin des Ankunftsentrums. Immer wieder heißt es, sie komme aus der Berliner Partyszene, aber das verbittet sie sich.

Sie habe Tourmanagement gemacht, erklärt sie, während wir die Treppen zu ihrem Bürocontainer auf der Rückseite von Terminal C hochlaufen. Und Künstler vertreten, zum Beispiel den Comedian Kurt Krömer. Sie habe Tourneen gemanagt und die Karriere von Tokio Hotel die ersten zehn Jahre begleitet. »Deshalb, Party, na ja«, sagt sie. »Würde ich für mich so nicht gelten lassen.« Warum sie nicht in ihre frühere Branche zurückgegangen sei, jetzt, wo Corona vorbei ist? »Weil das hier eine Aufgabe ist, die so viel Spaß macht und so erfüllend ist, dass ich im Moment da keinen Drang verspüre. Neben der Tatsache, dass die Musikbranche tatsächlich immer noch nicht funktioniert«, sagt Tümmler.

Aus dem Fenster ihres Büros sieht man den Tegel-Tower jetzt von Nahem. Sie finde es eine tolle Herausforderung, »mit verschiedenen Menschen eine Arbeitsatmosphäre zu schaffen, die so positiv ist und die ermöglicht, dass man Kritik äußern kann, ohne dass man Sanktionen zu befürchten hätte«, sagt sie.

Aber gibt es nicht massive öffentliche Kritik an der Unterkunft, an der Arbeitsatmosphäre, an der Leitung? »Also an meiner Person gibt es immer wieder mal nicht sehr spezifische Kritik«, sagt Tümmler. »Dass mir konkrete Dinge vorgeworfen werden, ist mir nicht bekannt.« Auch deshalb finde sie unspezifische Kritik schade. »Weil ich auch die Chance haben müsste, daraus zu lernen, und mich zu verbessern. Es gibt viel Kritik am Betrieb«, räumt sie ein.

Es gebe Kritik an dem System an sich. An den Wartezeiten, an der Bürokratie, an den Ämtern. »Da könnte ich schon viel mehr zu sagen. Vor allem das: Wir machen hier keinerlei behördliche Aufgaben.« Das DRK sei dafür zuständig, die Unterkunft zu managen, mehr nicht. Doch kaum jemand mache sich die Mühe nachzuschauen, wer in Tegel eigentlich wofür zuständig sei. »Sie haben das sicherlich auch gemerkt, dass die

Mitarbeitenden sehr zurückhaltend sind, wenn es um Gespräche mit der Presse geht.«
Viele Leute hätten die Erfahrung gemacht, dass ihnen Worte im Mund umgedreht
würden. »Hier darf jeder mit der Presse sprechen, der es will.«

Wir erzählen jetzt nicht, dass wir beinahe rausgeflogen sind, weil wir eine alte
Frau interviewt haben, und dass ein Wachmann entlassen werden soll, weil er mit uns
gesprachen hat. Zudem kursieren in Tegel Anweisungen an Mitarbeiter, in denen erklärt
wird, wie sie Leute abwimmeln sollen. Wird Mitarbeitern verboten, Geflüchteten zu
helfen? »Wir gucken nicht in jedes einzelne Briefing für Mitarbeitende«, sagt Tümmler.
Aber der Infocounter sei nun mal keine Anlaufstelle für psychische Probleme. Dort
werden auch keine Formulare ausgefüllt, dafür gebe es Beratungsstellen. »Sie können
sich vorstellen, was passiert, wenn die Kollegin oder der Kollege ein Formular falsch
ausfüllt und die Person dadurch zum Beispiel gar keine oder falsche Leistungen
bekommt.«

Clowns

Arsenij Solowjow ruft an, der Ukrainisch-Übersetzer, er hatte Schicht, es war heiß
gestern. »Stell dir vor«, sagt er, »Clowns laufen bei uns durch die Mensa, da sitzen nur
ein paar wenige alte Leute, es ist 30 Grad plus, und die laufen durch die leere Halle und
klimpern auf der Gitarre.« Solowjow sagt, er wisse manchmal nicht, ob er lachen solle
oder weinen.

Tegel ist ein Provisorium, das so angeblich keiner will. Ziel müsse sein, Tegel zu
verkleinern und mittelfristig zu schließen, sagt die zuständige Senatorin Cansel
Kiziltepe von der SPD. Tegel vergrößern will hingegen ihr Koalitionspartner von der
CDU.

Tegel ist wie ein Sinnbild für die deutsche Flüchtlingsaufnahme. Alle tun so, als
wäre die Versorgung von Geflüchteten eine stets unerwartete, vorübergehende Notlage.
Sie existiert in Provisorien und in Nachtragshaushalten. Geflüchtete werden in
Baumärkten, Turnhallen oder in Zelten untergebracht. Grundlegende Rechte und
Standards sind außer Kraft gesetzt, Menschen haben keine Gesundheitsversorgung,
Kinder gehen nicht in die Schule. Unfassbare Summen werden verteilt, teils an
zweielichtige Firmen, irgendwelche Leute werden angeheuert, um die Provisorien

halbwegs am Laufen zu halten. Dabei ist die Aufnahme von Geflüchteten längst eine Daueraufgabe für das gesamte Land geworden.

Um Tegel schließen zu können, bräuchte es andere Unterkünfte: in Kasernen, in Bürohäusern, in modularen Unterkünften. Es bräuchte Überzeugungsarbeit, Koordination und Profis.

In Berlin wurde für diese wichtige Aufgabe Ende des vergangenen Jahres ein neuer »Kordinator für Flüchtlingsangelegenheiten« vorgestellt. Es ist ein alter Bekannter und verdienter Mann der Stadt: der ehemalige Feuerwehrchef Albrecht Broemme, der im Auftrag des Senats während der Pandemie den Aufbau der Berliner Impfzentren koordinierte. Seine neue Aufgabe werde direkt bei der Sozialverwaltung und der Senatskanzlei angesiedelt werden, sagte der Regierende Bürgermeister. Es klang wichtig.

Im Organigramm der Senatsverwaltung findet sich Broemme allerdings bis heute nirgendwo. Er ist inzwischen 71 Jahre alt. Er hat einen Mitarbeiter. Er hat kein Sekretariat. Er hat keinen Etat. Er hat keine offizielle E-Mail-Adresse oder eine Website oder einen Festnetzanschluss in der Verwaltung. Er hat eine Handynummer. Der »Kordinator für Flüchtlingsangelegenheiten« des Landes Berlin ist ein Beamter im Ruhestand und erhält für seine Dienste eine Aufwandsentschädigung.

Man kann nicht einmal sagen, dass die Berliner Landesregierung wegsieht. Es ist schlimmer. Sie sieht hin. Sie weiß alles. Sie kennt die Zustände. Sie weiß um die Lebensbedingungen im Ukraine-Ankunftszentrum Tegel, sie kennt die Kosten. Aber sie macht weiter. Im Haushalt sind auch für 2025 eine halbe Milliarde Euro eingeplant. Für ein einziges Flüchtlingslager. Für ein Provisorium. Gestern, sagt Arsenij Solowjow, kamen wieder neue Möbel.